

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Heidemarie Wieczorek-Zeul
MdEP warnt vor US-Aben-
teuern in Nicaragua: Ein-
greifen wäre auch gegen
die Europäer gerichtet.
Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB,
Obmann der Arbeitsgruppe
Abrüstung und Rüstungs-
kontrolle der SPD-Bundes-
tagsfraktion, meldet Be-
denken gegen das deutsch-
französische Satelliten-
Projekt an: Abgleiten in
die Weltraumrüstung.
Seite 2

Gerd Walter MdEP, Vorsit-
zender der SPD-Europaab-
geordneten, und Günter
Jansen MdB bewerten die
Nordsee-Konferenz: Ein
Schlag ins Wasser.
Seite 3

Professor Dr. Ingomar
Hauchler MdB, Mitglied des
Ausschusses für wirtschaft-
liche Zusammenarbeit des
Deutschen Bundestages,
kommentiert Äußerungen des
AA-Staatsministers Mölle-
mann: Gewendetes Kolonia-
lismus-Verständnis.
Seite 5

39. Jahrgang / 212

2. November 1984

Warnung vor Abenteuern

Eine Intervention der USA in Nicaragua wäre auch gegen die
Europäer gerichtet

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP
Mitglied der Kommission Internationale Beziehungen des
SPD-Vorstandes

Die US-Regierung trägt die politische Verantwortung für die
Verschärfung der Situation in Nicaragua. Das Interesse der
amerikanischen Regierung besteht darin, die Wahlen in
Nicaragua zu diskreditieren und als nicht-demokratisch
legitimiert erscheinen zu lassen. In diesem Sinne hat die
US-Regierung offensichtlich auf die Parteien der Opposi-
tion eingewirkt, sich von der Beteiligung zurückzuziehen.
Hinter dieser Strategie kann nur das Ziel der amerikani-
schen Regierung stecken, die sandinistische Regierung mit
offener Gewalt, das heißt mit einer direkten Intervention
zu stürzen.

In dieser Situation muß es Aufgabe der Europäer, Regierung
wie Partelen, sein, eine deutliche Warnung an die amerika-
nische Adresse auszusprechen. Nach dem Signal der Euro-
päer in der Konferenz von San Jose, nach der EG-Unter-
stützung der Contadora-Initiative in ihrer ursprünglichen
Form wäre eine derartige Abenteuerpolitik ein Schlag auch
gegen die Europäer und deren Friedensbemühungen.

Die Europäer tragen eine hohe Verantwortung: das Ausmaß
ihres Nachdrucks gegenüber den USA ist mitverantwortlich da-
für, ob die USA ein weiteres Mal in Mittelamerika das
Selbstbestimmungsrecht eines Volkes mit Waffengewalt nie-
dermachen.

In Nicaragua und Mittelamerika geht es um die Einschrän-
kung der imperialen Interessen der USA. Sie wirken in ande-
rer Form auch in Europa fort. (-/2.11.1984/ks/rs)

+ + +



Schwerste Bedenken gegen Satelliten

Kohl gleitet ins Fahrwasser der Weltraumrüstung

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Die Vereinbarungen Bundeskanzlers Kohls mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand zum Bau eines gemeinsamen militärischen Nachrichtensatelliten und zur Weiterentwicklung der Trägerrakete Ariane ist von manchem gar zu vorschnell begrüßt worden. Tatsächlich lassen die Vereinbarungen aber nur einen Schluß zu: Entweder täuscht sich Kohl selbst in der Tragweite dieser Projekte für die Bundesrepublik - oder Kohl täuscht die Öffentlichkeit.

Denn mit der deutschen Beteiligung an diesen Projekten ist eine Mitfinanzierung der französischen Atomstreitmacht und die Gefahr eines deutsch-französischen Einstiegs in die Weltraumrüstung verbunden.

Zwar ist es grundsätzlich sinnvoll, daß sich die europäischen Staaten mittels einer eigenen Satellitenaufklärung von dem diesbezüglichen Aufklärungsmonopol unabhängig machen. Dazu bedarf es eines eigenen Satelliten. Dieser dürfte aber nicht nur in deutsch-französischen Händen liegen, sondern müßte ein gemeinsames Projekt aller EG-Länder sein. Erst dann ist gewährleistet, daß außer militärischer Aufklärungsarbeit keine weiteren militärischen Funktionen damit verbunden werden.

Das gemeinsame deutsch-französische Projekt läuft dagegen unmittelbar in die Richtung einer deutschen Mitfinanzierung der Satelliten-Infrastruktur für die französische Atomstreitmacht. Dies ist grundsätzlich abzulehnen.

Die vereinbarte gemeinsame Weiterentwicklung der Trägerrakete Ariane wirft die Frage auf, ob hiermit nicht insgeheim der Einstieg in die Weltraumrüstung mitvorbereitet wird. Diese Trägerrakete soll so umfangreiche Gewichte in den Weltraum tragen können, daß eine militärische Verwendung damit technologisch möglich wird. Wenn man die Gebote der strikten Trennung ziviler und militärischer Nutzung und zugleich das Verbot militärischer Nutzung des Weltraums befürwortet, ist vor einer Entscheidung über diese Trägerrakete unter anderem eindeutig zu klären, daß eine militärische Nutzung ausgeschlossen werden kann.

Auch hierzu wird es erforderlich sein, ein westeuropäisches Projekt statt nur ein deutsch-französisches voranzutreiben: Je mehr Beteiligte, desto besser kann Rüstungskontrolle gewährleistet werden.
(-/2.11.1984/ks/rs)

+ + +



Nordsee-Konferenz - ein Schlag ins Wasser

**Die Bonner Fehlleistungen haben die deutsche Durchsetzungsfähigkeit
entscheidend geschwächt**

Von Gerd Walter MdEP

Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten und
Günther Jansen MdB

Die Internationale Nordseeschutz-Konferenz hat fast jede Festlegung auf konkrete Schritte und Termine zur Rettung der Nordsee vermieden. Deshalb war diese Konferenz ein Schlag ins Wasser.

Der "Schwarze Peter" für das Scheitern der Konferenz darf aber nicht nur anderen Teilnehmerstaaten zugeschoben werden. Tatsache ist, daß die umweltpolitischen Fehlleistungen der Bundesregierung die internationale umweltpolitische Durchsetzungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland entscheidend geschwächt haben. Zu diesen Fehlleistungen gehören:

- Die Zustimmung zur Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Buschhaus ohne Entschwefelungsanlage;
- der Widerstand gegen ein Tempolimit;
- der deutsche Widerstand gegen eine strikte EG-Großfeuerungsanlagenverordnung.

Wer so handelt, dem kauft man die Vorreiterrolle nicht ab.

Nachdem die Bremer Konferenz nichts gebracht hat, muß die Nordsee zum "Chefthema" für die Staats- und Regierungschefs beim nächsten EG-Gipfel werden. Zum Unterschied zu unverbindlichen internationalen Konferenzen a la Bremen hat die EG den Vorteil, für den größten Teil der Nordsee verbindliche rechtliche Regelungen aufstellen zu können.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, den Schutz der Nordsee in der EG endlich genauso entschieden zu vertreten wie die Interessen der deutschen Agrar-Lobby. Nicht die Agrarpolitik, sondern meßbare Fortschritte beim Umweltschutz werden über die politische Zukunft der EG entscheiden.



Darüber hinaus ist die Bundesregierung aufgerufen, im nationalen Alleingang positive Beispiele zu setzen. So ist zum Beispiel die fällige Entscheidung der Bundesregierung über die Verlängerung der Genehmigung für die Verklappung von Titandioxid-Abfällen in der Nordsee ab 1. Januar 1985 der Testfall für die Glaubwürdigkeit der Regierung Kohl-Genscher in Sachen Nordsee.

Im Namen der während der Aktionskonferenz Nordsee und der Internationalen Nordseeschutz-Konferenz in Bremen anwesenden SPD-Delegationsmitglieder fordern wir:

Es darf keine Verlängerung der Verklappung in der Nordsee mehr geben. Die Nordsee ist so schwer mit Schadstoffen belastet und ein so kleines und flaches Meer, daß eine bis 1988 Jahr für Jahr zu verringende Menge an Dünnsäure nur noch unter strengsten Maßprogrammen im Atlantik verklappt werden darf.

Dieser Kompromiß kann auch nur deshalb toleriert werden, weil es Aufgabe der Politik ist, den Widerspruch zwischen Umweltschutz und arbeitsplatzsichernder Wirtschaftspolitik aufzulösen, nachdem die Wirtschaft seit vielen Jahren - trotz technischer Möglichkeiten - die Verklappung bis heute nicht beendet hat.

Bundesminister Zimmermann hat es abgelehnt, die Forderungen der alternativen Aktionskonferenz Nordsee entgegenzunehmen. Das ist nach unserer Auffassung ein bedauerliches Beispiel staatlicher Arroganz gegenüber Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden, die sich um konkrete Vorschläge für die Rettung der Nordsee bemüht haben.

Ebenso sind die von der SPD Anfang April 1984 erhobenen Bremerhavener Forderungen (67-Punkte-Forderungskatalog zur Rettung der Nordsee) auch nicht im Ansatz einer ernsthaften Prüfung unterzogen worden. (-/2.11.1984/ks/rs)

+ + +



Gewendetes Kolonialismus-Verständnis

Zu Äußerungen des AA-Staatsministers Möllemann

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB

Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung freut sich zunehmend über die deutsche Kolonial-Geschichte. So pries Staatsminister Möllemann dieser Tage vollmundig "die vor 100 Jahren von Togo und Deutschland aus freiem Willen getroffene Entscheidung, Freundschaftsbände zu knüpfen" und "die Leistungen der deutschen Missionare, Geschäftsleute, Gouverneure und Beamten als Beitrag zum Aufbau der togoischen Nation".

Das ist neu: 1884, das Jahr, in dem die Kolonialmächte Afrika unter sich aufteilten, als Beginn deutsch-afrikanischer Freundschaft. Schutzverträge als Ergebnis des freien Willens der Unterdrückten. Und deutsche Kolonialpolitik als Baustein für afrikanische Nationenbildung.

Was der Staatsminister im Auswärtigen Amt zum Festakt aus Anlaß des 100. Jahrestages der deutsch-togoischen Beziehungen von sich gab, ist Geschichtsklitterung. Es zeugt von dem Mangel an Unrechtsbewußtsein, das in den Rechts-Parteien immer mehr um sich greift. Verdrängt wird, daß in der Kolonialzeit der Grundstein gelegt wurde, für den Verlust von sozialer und kultureller Identität, und für eine bis heute andauernde wirtschaftliche Ausbeutung der afrikanischen Länder.

Wie ernst es der Bundesregierung mit ihrer besonderen Verantwortung für die ehemaligen Kolonialgebiete ist, zeigt ihre Haltung zu Namibia. Sie überläßt die Initiative völlig den USA, die seit dem Amtsantritt von Ronald Reagan keinen Finger rühren, damit die ehemalige deutsche Kolonie unabhängig wird; vielmehr zum Rückhalt des aggressiven Rassistenregimes in Pretoria geworden ist.

Möllemanns Äußerungen liegen ganz auf der Linie des Entwicklungsministers Warnke, der endlich Schluß machen will mit dem schlechten Gewissen der Deutschen gegenüber den Entwicklungsländern.

So plant er, offenbar guten Gewissens, jetzt eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime am Parlament vorbei. Zwölf Millionen sollen Südafrika außerhalb der mit dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit besprochenen Projektplanung für eine Gewerbeschule in Windhuk bewilligt werden. Für Südafrika ein neuer Beweis der Kooperationsbereitschaft der neuen Bundesregierung und eine willkommene Entlastung für eigene Verpflichtungen. Das alles geschieht ohne schlechtes Gewissen.

Ein gutes Gewissen hat auch Franz Josef Strauß. Er unterhält eine Männerfreundschaft mit Eyadema, der sich höchstpersönlich den Stuhl des togoischen Staatspräsidenten freigeschossen hat. Gleichzeitig lehnt er es ab, daß in Südafrika die Schwarzen gleiches Stimmrecht wie die Weißen erhalten sollen. (-/2.11.1984/ks/rs)

+ + +

